Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1952)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanzdirektion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Moeckli, G.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417463

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZDIREKTION DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1952

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Stellvertreter: Regierungsrat **G. Moeckli**

A. Allgemeines

I.

Der Grosse Rat hat im Berichtsjahr das Gesetz über den Finanzausgleich im Kanton Bern in drei Sessionen beraten und zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Mit Rücksicht auf die ausserordentliche Bedeutung und Tragweite des Problems wurde dem Grossen Rat vorgängig der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage Gelegenheit gegeben, die bei der Lösung des Finanzausgleichs zu befolgenden Grundsätze einlässlich zu diskutieren und Richtlinien hiefür aufzustellen. Dieses Vorgehen hatte für die Ausarbeitung der Gesetzesvorlage und die eigentliche Gesetzesberatung eine wesentliche Vereinfachung zur Folge und brachte es mit sich, dass der Gesetzesentwurf des Regierungsrates vom Grossen Rat verhältnismässig rasch und ohne wesentliche Änderungen gutgeheissen wurde. Das Bernervolk hat das Gesetz am 15. Februar 1953 mit grosser Mehrheit angenommen.

Dieses Gesetz ermöglicht vor allem eine fühlbare Verstärkung des direkten Finanzausgleichs und bezweckt damit eine wirksamere Entlastung der finanzschwachen Gemeinden, wobei jedoch der Grundsatz der Selbsthilfe in angemessenem Rahmen gewahrt bleibt.

II.

Am 5. Oktober 1952 stimmte das Bernervolk dem Gesetz über die Förderung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft zu. Demzufolge wird den Unternehmungen, die aus ihrem Reingewinn eine Arbeitsbeschaffungsreserve bilden, nebst der Wehrsteuer nun auch die auf der Einlage in die Reserve entrichtete Staats- und Gemeindesteuer vergütet, vorausgesetzt, dass in Zeiten mangelnder Beschäftigung Arbeitsbeschaffungsmassnahmen vorgenommen werden. In bezug auf die Höhe der Vergütung auf den Gemeindesteuern enthält das kantonale Gesetz eine Einschränkung zum Schutze der finanzschwachen Gemeinden, indem die Vergütung auf der Gemeindesteuer höchstens die Vergütung auf der Staatssteuer ausmachen darf. Diese Vorschrift spielt somit überall da eine Rolle, wo die betreffende Gemeindesteueranlage 2,1 übersteigt, was ungefähr in ¾ aller bernischen Gemeinden zutrifft.

Bis Ende 1952 wurden von insgesamt 124 im Kanton Bern domizilierten Unternehmungen der privaten Wirtschaft (natürliche und juristische Personen) für 7,8 Millionen Franken Arbeitsbeschaffungsreserven gebildet.

III.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1952 schliesst bei Fr. 5 573 322.— Schuldentilgungen und Fr. 3 931426.66 Abschreibungen mit einem Reinaufwand von Franken 2 983 211.07 ab.

Im Voranschlag war ein Reinaufwand von Franken 3 848 051.— vorgesehen. Das Rechnungsergebnis zeigt somit eine Verbesserung von Fr. 864 839.93 gegenüber dem Voranschlag.

Das reine Staatsvermögen verminderte sich von Fr. 52 876 936.13 auf Fr. 49 893 725.06.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei Aufschluss.

IV.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtigere Erlasse auf:

a) Gesetz vom 5. Oktober 1952 über die Förderung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft.

b) Dekret vom 12. Mai 1952 über die Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 1952.

c) Dekret vom 12. Mai 1952 über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage für das Jahr 1952 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

d) Dekret vom 10. November 1952 über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1953 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

V.

Noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes. Die umfangreichen Arbeiten zur Schaffung des Gesetzes über den Finanzausgleich im Kanton Bern liessen es nicht zu, gleichzeitig die Vorarbeiten für ein neues Stempelgesetz weiterzuführen.
2. Postulat Nobel betreffend Steuerabzug für Verwitwete ohne Kinder, Postulat Rupp betreffend Steuerteilung in Fällen von Saisonaufenthalt. Es wird auf die Ausführungen zu diesen beiden Postulaten im Verwaltungsbericht für das Jahr 1951 verwiesen.

VI.

Jahresbericht und Jahresrechnung der bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an:

Der Darlehensbestand der Kreditkasse hat einen weiteren Abbau um Fr. 180 833.30 erfahren und ist von Fr. 439 758.20 Ende 1951 auf Fr. 258 924.90 Ende 1952 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 4939.— wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1952 einen Bestand von Fr. 187 179.90 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1952 Fr. 1 145 265.— gegenüber Fr. 1 315 175.— auf Ende 1951. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden und Diverses beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 205 287.25.

VII.

Über die **Amtskautionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1952):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kaution geleistet durch						
	Amtsbürgschafts-Genossenschaft	Barkaution und Wertschriften	Einzelbürgschaft (Solidarbürgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	Total Kautionspflichtige
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	39	2	—	—	—	—	41
Beamte der Bezirksverwaltung	86	2	—	—	—	—	88
Angestellte der Bezirksverwaltung	273	7	—	1	1	5	287
Anstaltspersonal	41	2	—	2	1	—	46
Oberwegmeister	20	—	—	1	—	1	22
Kreiskommandanten . .	6	—	—	—	—	—	6
Sektionschefs	208	4	—	2	—	5	219
Nachführungsgeometer .	28	1	—	—	1	—	30
Betreibungsgehilfen . .	147	2	1	—	—	4	154
Personal der Hypothekarkasse	43	—	—	—	1	—	44
	891	20	1	6	4	15	937

B. Verwaltung

I. Direktionsbureau

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1952 folgende Zahlen auf (Vorjahr in Klammern):

Nachlassgesuche in Steuersachen 7260 (8042); Domänengeschäfte, Salzhandel und Mitberichte 2721 (2610); Entscheide über amtliche Inventaraufnahmen 2046 (2108), wobei in 36 Fällen (24) ein Inventar angeordnet wurde.

II. Kantonsbuchhalterei

Personelles

Im Verlaufe des Jahres ist im Personalbestand kein Wechsel eingetreten, er betrug unverändert 9 Personen. Über die auf Jahresende eingetretenen Mutationen wird im nächsten Bericht Auskunft erteilt.

Rechnungsführung

Die Umsätze haben sich sowohl im Vergleich zur Rechnung 1951 wie zum Voranschlag 1952 neuerdings erhöht. Dementsprechend fiel die Zahl der zu verbuchenden Anweisungen wiederum etwas höher aus. Das anfallende Material konnte weiterhin rasch verarbeitet werden und die gute rechnerische Kontrolle befriedigte. Trotz den ab Mitte des Jahres vorgekehrten üblichen Massnahmen zur Verhinderung von Kreditüberschreitungen wurden diese gegen Jahresende zahlreich.

Die Finanzkontrolle verfügt nicht überall über die notwendige Kompetenz, um diese Vorkommnisse einzudämmen und auf ein Minimum zu beschränken. Die nachgehende Kontrolle bei den Anstalten verhindert häufig ein rechtzeitiges Einschreiten. Es ist zuzugeben, dass die seit 1949 eingetretene Vervierfachung des Kontenplanes der Betriebsrechnung (1949 = 878, 1952 = 3531 Konten) bei den Direktionen einige Unsicherheit hervorrufen konnte, die auch für den 3. Voranschlag 1952 noch bestand. In diesem Sinne sind auch die häufig vorgekommenen Unterschreitungen zu erwähnen. Die Gesamtabschlussarbeiten wurden durch die verspätete Ablieferung von einigen Anstaltsrechnungen, sowie durch anderweitige Beanspruchung des leitenden Personals unliebsam verzögert.

Die Finanzrechnung

Diese weist für das Jahr 1952 Abweichungen von rund 14 Millionen Franken bei den Ausgaben und von rund 15 Millionen Franken bei den Einnahmen, im Vergleich zum Voranschlag aus. Diese Abweichungen sind weniger hoch als die des Vorjahres. Den Mehrausgaben stehen Minderausgaben von 7,9 Millionen Franken gegenüber (Förderung des Wohnungsbaues Franken 900 000, reduzierte Auszahlung an Loryspital Franken 1,2 Millionen an Stelle von 7,3 Millionen, Franken 1,5 Millionen Fürsorgewesen).

Trotzdem sich die Mehreinnahmen und Mehrausgaben ungefähr (die letztgenannten Posten ausgenommen) die Waage halten, sind sie aus sehr zahlreichen und verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt. Bei den Mehr- und Minderausgaben spielen die auch hienach noch erwähnten, nicht genügend genau veranschlagten Entnahmen aus (13 Millionen mehr) und Einlagen in Rückstellungen (23,7 Millionen mehr) eine besonders bedeutsame Rolle. Vom Grossen Rat und Regierungsrat sind für Fr. 2 306 000 Nachkredite und für Fr. 4 167 000 zusätzliche Teuerungszulagen (nicht veranschlagt) an Staatspersonal, Lehrerschaft und Rentner bewilligt worden. 13 Direktionen weisen, ohne Berücksichtigung der beiden vorerwähnten Elemente als Krediterhöhung, Mehrausgaben und 5 Direktionen Minderausgaben im Vergleich zum Voranschlag auf. 15 Direktionen verzeigen Mehreinnahmen und 3 Mindereinnahmen.

Die direkten Steuern sind mit Fr. 114 840 000 veranschlagt. Die Rechnung ergibt Fr. 113 274 281. Die Mindereinnahmen betragen hier rund Fr. 1,5 Millionen. Beim Wehrsteueranteil ergibt sich ebenfalls ein Ausfall von Fr. 1,5 Millionen. Diese beiden Mindereinnahmen wurden durch einen Mehreingang bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer von Fr. 1,9 Millionen zum Teil wettgemacht.

Um die Jahresbeiträge 1952 an Viehversicherungskassen = Fr. 559 000 und um die Jahresbeiträge 1952 an Gemeinden für dauernd und vorübergehend Unterstützte = Fr. 4,6 Millionen hätte die Rechnung 1952 zur zeitlichen Richtigstellung noch belastet werden

sollen. Im Hinblick auf das ungünstige Rechnungsresultat wurde davon abgesehen. Die Richtigstellung ist auf ein Jahr mit besserem Abschluss verschoben.

Die Zusammensetzung der Finanzrechnung ist in Gruppen- und Detailausweisen, mit allen Abweichungen im Vergleich zum Voranschlag in der gedruckten Staatsrechnung enthalten, auf die wir verweisen.

Die Rechnung der Vermögensveränderungen

Auch diese Rechnung bringt sehr wesentliche Abweichungen (Erhöhungen) im Vergleich zum Voranschlag. Es sind Fr. 20,1 Millionen beim Ertrag und Fr. 28 Millionen beim Aufwand. Der Voranschlag und die Rechnung der Vermögensveränderungen bilden eine schwache Seite unseres Rechnungswesens und werden von einzelnen Direktionsrechnungsführern noch immer nicht richtig und mit der erforderlichen Genauigkeit gehandhabt. Die Buchhalterei muss dann mit wesentlichem Zeitaufwand die notwendigen Bereinigungsarbeiten vornehmen.

Im direkten Zusammenhang mit den Mehr- und Minderausgaben der Finanzrechnung stehen die schon hievor erwähnten nicht genau genug vorgesehenen Entnahmen aus und Einlagen in Rückstellungen. Es wird unumgänglich sein, dass die Direktionen in Zukunft eingehendere Überlegungen anstellen um zu ermitteln, welche Beträge im Rechnungsjahr wirklich bezahlt werden sollen, und welche Teile der zu bewilligenden Kredite im entsprechenden Jahr noch nicht zur Verwendung kommen.

Infolge des ungünstigen Rechnungsabschlusses konnten die notwendigen Restabschreibungen von Fr. 1 295 925 = 25% auf den aus der Privatbahnhilfeaktion 1951 stammenden Aktien, sowie die Abschreibung eines Sanierungsdarlehens von Fr. 535 000, für das schon im ersten Jahr weder der Zins noch die vorgesehene Abtragungsquote geleistet wurden, nicht vorgenommen werden. Die in der Rechnung als Ertrag stehenden Schuldenabtragungen auf Staatsanleihen = Fr. 2 803 000 und auf dem Schuldschein bei der Kantonalbank von Fr. 2 170 322 haben aus dem gleichen Grunde nicht tatsächlich stattgefunden. Vorgenommen wurde lediglich eine Schuldenverschiebung.

Auf die vom Grossen Rat am 6. September 1949 beschlossene Einlage in eine Reserve für Schuldentilgungen musste verzichtet werden. Die Zusammensetzung der Rechnung der Vermögensveränderungen ist in Gruppenausweisen und mit Einzel- oder Sammelposten bei jeder Dienststelle in der gedruckten Staatsrechnung enthalten, auf die wir verweisen.

Betriebsrechnung

Der *Voranschlag* sah bei einem *Ausgabenüberschuss* der *Finanzrechnung* von	Fr. 14 960 710.—
und einem *Ertragsüberschuss* der *Rechnung der Vermögensveränderungen* von	» 11 112 659.—
einen Reinaufwand vor von . . .	Fr. 3 848 051.—

Die *Finanzrechnung* lautet:

Ausgaben	Fr. 263 136 417.17
Einnahmen	» 256 896 054.42
Ausgabenüberschuss	Fr. 6 240 362.75
Im Vergleich zum Voranschlag ist der Ausgabenüberschuss geringer um	Fr. 8 720 347.25

Die *Rechnung der Vermögensveränderungen* ergibt:

Ertrag.	Fr. 57 403 494.98
Aufwand.	» 54 146 343.30
Überschuss des Ertrages	Fr. 3 257 151.68
Im Vergleich zum Voranschlag ist der Ertragsüberschuss geringer um	Fr. 7 855 507.32

Zusammenzug:

Ausgabenüberschuss	Fr. 6 240 362.75
Überschuss des Ertrages	» 3 257 151.68
Reinaufwand d. Gesamtrechnung 1952	Fr. 2 983 211.07

Das reine Staatsvermögen nimmt um diesen Betrag ab. Die Jahresrechnung 1952 schliesst um Fr. 864 839 93 besser ab als der Voranschlag des gleichen Jahres. Sie schliesst dagegen um Fr. 3 337 307.94 schlechter ab, als die Rechnung des Vorjahres 1951.

Das Vermögen: Das buchmässig ausgewiesene reine Staatsvermögen (inkl. Fr. 55 427 156.09 zweckgebundenes Staatsvermögen auf Ende 1948) betrug am

1. Januar 1952.	Fr. 52 876 936.13
Es beträgt am 31. Dezember 1952	» 49 893 725.06
Abnahme wie hiervor.	Fr. 2 983 211.07

Während des Jahres 1952 mussten, in der Absicht, die Klarheit des Bilanzbildes zu erhöhen, neuerdings Umbuchungen von gewissen Bilanzgruppen in andere vorgenommen werden. So fanden z. B. Überträge von den Kontokorrenten und Darlehen auf abzutragende Konten, auf Rückstellungen und Reserven statt, die in den Vermögensveränderungen der Verwaltungsrechnung nicht erscheinen. Aus diesem Grunde stimmen zum Teil die Vermögensveränderungen mit den Umsatzbeträgen der Verkehrsbilanz nicht überein.

Das zweckgebundene Staatsvermögen: Der für die Jahre 1949/51 auf separatem Kapitalkonto verbuchte

Zuwachs von	Fr. 8 267 358.85
wird erhöht durch den Zuwachs 1952 von	» 2 311 528.24
und beträgt auf Ende 1952 . . .	Fr. 10 578 887.09

Das gesamte zweckgebundene Staatsvermögen beträgt somit auf Ende 1952 Fr. 66 006 043.18.

Die Konten für die Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen, Milderung der Wohnungsnot: Diese Gruppe ist mit den gemäss Volksbeschlüssen durch die Zuschlagssteuer aufzubringenden Leistungen — Beitrag

an das Loryspital Fr. 7,3 Millionen und Erstellungskosten Zahnärztliches Institut Fr. 4 783 000, um nur die hauptsächlichsten Posten zu nennen —, belastet worden.

Die Beanspruchung dieser Kredite beträgt Ende 1952 . . . . . Fr. 57 665 262.30
während die eingegangenen Zuschlagssteuern und Aktivzinse betragen . . . . . » 37 271 686.30
so dass auf diesen Zeitpunkt durch die Zuschlagssteuer noch zu finanzieren sind . . . . . Fr. 20 393 576.—

Davon sind Fr. 12 Millionen durch Reskriptions-Kredite von der Kantonalbank bevorschusst.

Steuerausstände: Die Ausstände an direkten Steuern betragen auf Jahresende Fr. 28 059 775. Davon entfallen auf die Gemeinde Bern Fr. 12 267 045. An eidgenössischen Steuern waren ausstehend Fr. 24 626.839. Die 1953 zu beziehende Wehrsteuerquote 1952 wurde mit der vorhergehenden Quote zusammen im Jahr 1952 verbucht.

Bilanz des Staatsvermögens

Aktiven	1952	1951
1. *Verfügbare Mittel*	Fr. **2 116 454.85**	Fr. **3 180 939.26**
Kassen	» 1 151 748.16	» 1 021 990.41
Postcheck	» 707 760.79	» 910 256.95
Banken	» 256 945.90	» 1 248 691.90
2. *Debitoren*	» **86 141 081.57**	» **73 928 063.73**
Kontokorrente	» 82 020 965.51	» 70 320 556.46
Debitoren	» 4 120 116.06	» 3 607 507.27
3. *Anlagen und Investitionen*	» **359 370 293.86**	» **355 684 779.22**
Wertschriften: Aktien und Anteilscheine	» 92 228 133.—	» 92 249 033.—
Obligationen und Elektrifikationsdarlehen	» 43 466 361.20	» 42 908 802.70
Hypotheken	» 298.30	» 779.80
Dotationskapitalien	» 70 000 000.—	» 70 000 000.—
Forsten	» 28 515 296.38	» 28 491 548.98
Domänen	» 101 986 181.—	» 99 023 842.—
Waren	» 11 620 531.78	» 11 076 634.54
Mobiliar und Gerätschaften	» 11 553 492.20	» 11 934 138.20
4. *Innenverkehr*	» **2 574 241.48**	» **39 041 767.25**
Verbindungskonten	» 300 952.81	» 679 350.36
Provisorische Konten	—	» 1 564 000.49
Transitorische Konten	2 265 788.67	» 11 798 416.40
Ordnungskonten	» 7 500.—	» 25 000 000.—
5. *Über die Verwaltungsrechnung abzutragende Konten*	» **11 302 241.37**	» **4 492 474.53**
Unterricht und berufl. Ausbildung	3 290 815.85	» 3 838 000.60
Gesundheitspflege	» 6 553 785.99	» —
Handel, Gewerbe, Verkehr, Volkswirtschaft	» 865 200.—	» —
Forst- und Landwirtschaft	» 573 194.98	» —
Bauwesen	» 19 244.55	» 654 473.93
7. *Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot, Spital- und Institutsbauten*	» **57 665 262.30**	» **45 345 759.75**
8. *Konten des zweckgebundenen Staatsvermögens, Anlagen*	» **67 347 119.43**	» **64 574 514.94**
	Fr. **586 516 694.86**	Fr. **586 248 298.68**

Passiven	1952	1951
1. *Öffentliche Schulden*		
Schwebende Schulden	Fr. **62 178 112.36**	Fr. **57 403 207.25**
Schatzanweisungen	» 12 000 000.—	» 17 000 000.—
Banken (inklusive Domänenkasse)	» 48 148 010.16	» 30 312 894.65
Darlehen	» 2 030 102.20	» 10 090 312.60
Feste Schulden	» **300 119 278.65**	» **305 692 600.65**
Anleihen	» 268 567 000.—	» 271 370 000.—
Banken (Schuldschein)	» 31 552 278.65	» 34 322 600.65
Übertrag	Fr. 362 297 391.01	Fr. 363 095 807.90

	1952	1951
Übertrag	Fr. 362 297 391.01	Fr. 363 095 807.90
2. *Kreditoren*	» **39 580 247.85**	» **31 128 491.55**
Verfallene Titel und Coupons	» 1 068 572.—	» 1 397 146.50
Kontokorrente	» 36 075 421.95	» 26 527 978.10
Barhinterlagen	» 1 253 933.90	» 2 021 046.95
Hypotheken, Domänenkasse	» 1 182 320.—	» 1 182 320.—
3. *Wertberichtigungen* (inklusive Eisenbahnamortisationsfonds)	» **26 046 775.—**	» **25 896 775.—**
4. *Innenverkehr*	» **10 135 285.66**	» **33 548 198.27**
Verbindungskonten	» 203 670.45	» 199 113.20
Transitorische Konten	» 9 924 115.21	» 8 349 085.07
Ordnungskonten	» 7 500.—	» 25 000 000.—
6. *Rückstellungen*	» **32 850 154.37**	» **21 480 564.12**
7. *Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen und Milderung der Wohnungsnot, Spital- und Institutsbauten*	» **37 271 686.30**	» **32 350 062.30**
8. *Zweckgebundenes Staatsvermögen*	» **18 185 787.34**	» **15 413 182.85**
Kapitalkonto	» 10 578 887.09	» 8 267 358.85
Kreditoren des zweckgebundenen Staatsvermögens	1 341 076.25	» 880 000.—
Rückstellung für Ablösung aus Reinvermögen	» 6 265 824.—	» 6 265 824.—
9. *Vermögenskonten*	» **60 149 367.33**	» **63 335 216.69**
Reserven, zweckbestimmte	» 4 715 861.27	» 4 958 954.81
Reserven, freie	» 5 539 781.—	» 5 499 325.75
Reinvermögen	» 49 893 725.06	» 52 876 936.13
	Fr. **586 516 694.86**	Fr. **586 248 298.68**

Die Aktiven haben im Vergleich zur Bilanzsumme 1951 um Fr. 268 396.18 und die Passiven (inkl. Reservenverminderung) um Fr. 3 251 607.25 zugenommen. Die wesentlichsten Veränderungen sind bei den *Aktiven* zu finden bei:

Zunahmen: Debitoren, Konto-Korrente: Ertragsanteile, Zins- und Dividendenguthaben auf Aktien, Anteilscheinen, Elektr. Darlehen Fr. 435 000, **Konto-Korrent Bund** Fr. 2 750 000, Gemeinde Bern und Amtsschaffnereien, Staats- und Wehrsteuerausstände (Bezug 1953 erfasst) Fr. 18 637 000. **Obligationen:** San. Darlehen BNB Fr. 535 000, **Domänen:** Mehrwerte Ankäufe/Verkäufe, Schatzungsberichtigungen Franken 2 963 000. **Waren:** Staatsanstalten und Kohlenpflichtlager Fr. 544 000. **Abzutragende Konten:** Überträge Schuldsaldo Heilstätte Bellevue Montana und Tbc-Fonds Fr. 6 553 000, Vorschüsse an Sportplatzgenossenschaften Fr. 865 000, Aufforstungsprojekte Staatswaldungen Fr. 573 000. **Arbeitsbeschaffungskonten:** Belastung Beitrag Loryspital Fr. 7,3 Millionen und Zahnärztliches Institut Fr. 4 783 000. **Zweckgebundenes Staatsvermögen:** Zunahme der Anlagen Fr. 2 773 000.

Abnahmen: Banken: Konto für Notstandsarbeiten, Schule Hondrich Fr. 985 000, **Debitoren-Konto-Korrente:** Übertrag Schuldsaldi Heilstätte Bellevue Montana und Tbc-Fonds Fr. 7 486 000, Übertrag Gemeinde Bern, Darlehen für Bauten Fr. 1 200 000, Baudirektion Abnahme der Forderungen an Bund und Dritte Franken 1 362 000, Katastervorschüsse Rückgang Franken 254 000. **Provisorische Konten:** Wegfall Verrechnung Bezugsprovisionen Gemeinden Fr. 1 564 000. **Transitorische Konten:** Wegfall Wehrsteueranteil 1951 Fr. 11 798 000. **Ordnungskonten:** Wegfall Schatzanweisungen Kantonalbank Fr. 25 000 000. **Abzutragende Konten:** Erledigung Autosteuerschuldsaldo: Franken 645 000.

Bei den Passiven:

Zunahmen: Banken: Hypothekarkasse Franken 15 447 000, Kantonalbank Fr. 2 121 000. **Kreditoren, Konto-Korrente:** Wehrsteuerkonten, Zunahme der Schulden durch Erfassung der 1953 fälligen Quote 1952 (siehe Zunahme der Ausstände unter Debitoren) Franken 12 935 000, Landwirtschaft, Bundesbeiträge und Beiträge an Ausmerzaktionen Fr. 566 000. **Transitorische Konten:** Autosteuern 1953 höherer Eingang Fr. 750 000, nicht abgerechnete Eliminationen auf Steuern Fr. 419 000, Staatsforstverwaltung Zunahme Konto Rechnungsjahr 1952/53 Fr. 499 000. **Rückstellungen:** Mehreinlagen hauptsächlich für Loryspital und Zahnärztliches Institut Fr. 11 370 000. **Arbeitsbeschaffungskonten:** Gutschrift Zuschlagssteuer 1952 Fr. 4 921 000. **Zweckgebundenes Staatsvermögen:** Zunahme der Kreditoren des Steuerausgleichsfonds, Waldaufonds Fr. 461 000, Kapitalzunahme Fr. 2 311 000.

Abnahmen: Schatzanweisungen: Rückzahlung Franken 5 Millionen. **Darlehen:** Rückzahlung KWO Franken 8 Millionen. **Anleihen:** Abtragung Fr. 2 803 000. **Schuldschein:** Abtragung Fr. 2 770 000. **Kreditoren Konto-Korrente:** Amtsschaffnereien, vorausbezahlte Wehrsteuer Fr. 3 109 000, Lehrerversicherungskasse, Abzahlung Fr. 749 000. **Barhinterlagen:** Mehrrückzahlungen von Depots Fr. 768 000. **Ordnungskonten:** Wegfall der Schatzanweisungen Kantonalbank Fr. 25 Millionen. **Reserven:** Abnahme: Fr. 203 000.

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Gemäss Art. 3, Absatz 2, des Finanzverwaltungsgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. **Hypothekarkasse,** § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.
2. **Kantonalbank,** Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.
3. **Hülfskasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsverwaltung.** Dekret vom 9. November 1920.
   a) § 52. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.
   b) § 67. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4% des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.
4. **Bernische Kreditkasse.** Gesetz vom 19. Oktober 1924, Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.
5. **Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.**
   a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1 000 000.
   b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1 000 000.

III. Finanzinspektorat

Während des Berichtsjahres 1952 haben folgende Inspektionen vorschriftsgemäss und unangemeldet stattgefunden:

	Zahl der Kassen	Zahl der Inspektionen
Amtsschaffnereien	28	22
Staatsanstalten	36	32
Justizverwaltung:		
Obergericht	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	24
Gerichtsschreibereien und andere Kassen der Gerichtsverwaltung	39	39
Regierungsstatthalterämter	30	19
Grundbuchämter	30	23
Übrige Kassen der Direktionen	71	63
Total	269	226

Amtsschaffnereien

Die Buchhaltung der Amtsschaffnereien ist nun überall der neuen Staatsbuchhaltung angepasst worden.

In Ausführung des Beschlusses des Grossen Rates vom 23. Mai 1951 sind mehrere Amtsschaffnereien mit derjenigen am Sitz der Veranlagungsbehörde vereinigt worden:

Signau wurde vereinigt mit der Amtsschaffnerei Burgdorf,

Büren wurde vereinigt mit der Amtsschaffnerei Biel,

Laupen, Seftigen und Schwarzenburg mit Bern.

Die Amtsschaffnerei Interlaken bleibt trotz der Pensionierung des bisherigen Amtsschaffners bestehen. Das Inkasso der Staatssteuer und der Wehrsteuer ist jedoch auf Beschluss des Regierungsrates vom 2. Dezember 1952 der Amtsschaffnerei Thun übertragen worden.

Staatsanstalten

Zu erwähnen ist vorab die Neueröffnung der kantonalen Schule für Haushaltungslehrerinnen in Pruntrut.

Weder die Inspektionen an Ort und Stelle, noch die Prüfung der Monatsbilanzen durch das Personal unseres Inspektorates geben zu besonderen Bemerkungen Anlass.

Kassastellen der Justizverwaltung und übrige Kassen der Direktionen

Die zahlreichen Revisionen sind am Sitze der Amtsstellen ausgeführt worden. Im allgemeinen waren die Ergebnisse befriedigend.

Unregelmässigkeiten

Zwei schwere Veruntreuungsfälle sind für 1952 zu verzeichnen. Die Untersuchungsberichte befinden sich bei den vorgesetzten Stellen.

Personal

a) Inspektorat

Keine Änderungen

b) Amtsschaffnereien

Auf Ende des Berichtsjahres sind die Herren E. Schletti, Amtsschaffner von Interlaken, und A. Schwarz, Amtsschreiber und Amtsschaffner von Seftigen in den Ruhestand getreten.

Herr H. Balmer, Betreibungsbeamter von Interlaken ist mit der Betreuung der Amtsschaffnerei Interlaken beauftragt worden.

IV. Hülfskasse

Im Berichtsjahre hat der Grosse Rat das Dekret über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage für das Jahr 1952 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse (12. Mai 1952), sowie dasjenige über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1953 an Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse (10. November 1952) erlassen. Im weitern ist vom Regierungsrat durch das Reglement vom 14. März 1952 eine Neuordnung hinsichtlich der Versicherung der Kollegiengelder der ordentlichen Professoren an der Universität eingeführt worden, das rückwirkend auf den 1. April 1951 in Kraft gesetzt wurde.

Der Rentenfonds weist gegenüber der letztjährigen Rechnung eine Zunahme der Einnahmen auf, die auf vermehrte Beiträge und Kapitalzinsen zurückzuführen ist. Die Ausgaben haben ebenfalls eine Erhöhung erfahren, die ihre Ursache in vermehrten Rentenleistungen und Abgangsentschädigungen an ausgetretene Versicherte hat. Der Spareinlagenfonds verzeichnet gegenüber der letztjährigen Rechnung Mindereinnahmen aus Beiträgen, die ihre Begründung im Rückgang der Zahl der Spareinleger und in den zahlreichen Übertritten zu den Mitgliedern finden. Die Ausgaben des Spareinlagenfonds weisen im Vergleich zum Vorjahre eine bedeutende Zunahme auf, die auf die vermehrten Verpflichtungen des Fonds, bedingt durch das Ausscheiden von Spareinlegern aus der Hülfskasse und die damit im Zusammengange stehenden Aufwendungen (Leibrenten und Rückzahlung von Sparguthaben) zurückzuführen ist. Dem Unterstützungsfonds flossen im Berichtsjahre nebst den Kapitalzinsen nur unbedeutende Zuwendungen zu. Die Ausgaben dagegen erfuhren eine erhebliche Zunahme gegenüber dem Vorjahre infolge vermehrter Beanspruchung des Fonds durch Kassenangehörige. Die Sparkasse für das Aushilfspersonal verzeichnet eine unbedeutende Verminderung der Einnahmen, die ihre Begründung in der Bewegung der Einleger (Neueintritte und Austritte) im Berichtsjahre findet. Die Ausgaben sind im Jahre 1952 bedeutend hinter denjenigen des Vorjahres zurückgeblieben, eine Erscheinung, die auf Minderausgaben für Rückzahlungen an ausgetretene bzw. Übertragungen für in die Hülfskasse übergetretene Einleger zurückzuführen ist.

Der Mitgliederbestand wies am 31. Dezember 1952 bei 520 Neueintritten und 374 Austritten 4623 Mitglieder auf (Vorjahr 4477). Am Ende des Berichtsjahres verzeichnete der Spareinlagenfonds einen Bestand von 507 Spareinlegern (Vorjahr 512). Im Jahre 1952 standen 93 Neueintritten 98 Austritte gegenüber. Der Sparkasse für das Aushilfspersonal gehörten am Ende des Berichtsjahres 328 Einleger an. Im Laufe des Jahres 1952 erfolgten 77 Neueintritte und 72 Austritte. Der beitragspflichtige Verdients betrug am 31. Dezember 1952 für die Mitglieder Fr. 42 373 662 (Vorjahr Fr. 40 842 752), für die Spareinleger Fr. 3 339 056 (Vorjahr Fr. 3 436 104) und für die Einleger der Sparkasse für das Aushilfspersonal Fr. 1 506 222 (Vorjahr Fr. 1 493 193). Am Ende des Berichtsjahres bezifferte sich die Zahl der Rentenbezüger auf 1519 Rentner (Vorjahr 1485). Die jährliche Rentensumme betrug am 31. Dezember 1952 Fr. 5 064 957 (Vorjahr Fr. 4 820 218).

Im Berichtsjahre sind 8 Gesuche um den Einkauf von Zusatzjahren, herrührend von neueintretenden Versicherten, welche die Altersgrenze von 40 Jahren bereits überschritten hatten, bewilligt worden. Die entsprechenden Einkaufssummen beliefen sich auf Fr. 75 817, wovon Fr. 60 222 auf den Staat und Fr. 15 595 auf die Versicherten entfallen.

Der Bestand der Rentenbezüger hat im Berichtsjahre folgende Änderungen erfahren:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Bestand am 31. Dezember 1951 . . .	746	600	107	26
Zuwachs im Berichtsjahr	67	37	12	1
	813	637	119	27
Abgang infolge Todes und Erlöschens der Rentenberechtigung	50	22	12	1
Bestand am 31. Dezember 1952. . . .	763	615	107	26
Veränderungen gegenüber dem Vorjahre	+17	+15	—	—

Jahresrechnung

Rentenfonds

Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der Verminderung der ausstehenden Einkaufsgelder	Fr.	11 542 398.60
Die Ausgaben betrugen im Berichtsjahr	»	5 238 105.90
Der Einnahmenüberschuss beträgt	Fr.	6 304 292.70

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse einschliesslich ausstehende Forderungen	Fr.	82 034 544.60
Es betrug am 31. Dezember 1951 .	»	75 730 251.90
Die *Kapitalvermehrung* pro 1952 beträgt somit	Fr.	6 304 292.70

Spareinlagenfonds

Die Rechnung über den Spareinlagenfonds gestaltet sich folgendermassen:

Einnahmen	Fr.	921 788.60
Ausgaben	»	436 073.20
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	485 715.40

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1952	Fr.	7 719 300.30
Er betrug am 31. Dezember 1951 .	»	7 233 584.90
Die *Kapitalvermehrung* pro 1952 beträgt somit	Fr.	485 715.40

Unterstützungsfonds

Einnahmen	Fr.	10 509.15
Ausgaben	»	14 085.30
Der Ausgabenüberschuss pro 1952 beträgt somit	Fr.	3 576.15

Die Kapitalrechnung des Unterstützungsfonds zeitigt folgendes Ergebnis:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1952	Fr.	253 161.65
Er betrug am 31. Dezember 1951	»	256 737.80
Die *Kapitalverminderung* pro 1952 beträgt somit	Fr.	3 576.15

Sparkasse des Aushilfspersonals

Einnahmen	Fr.	241 723.20
Ausgaben	»	128 623.45
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	113 099.75

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1952	Fr.	1 020 807.15
Er betrug am 31. Dezember 1951 .	»	907 707.40
Die *Kapitalvermehrung* pro 1952 beträgt somit	Fr.	113 099.75

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hülfskasse verwiesen.

V. Personalamt

1. Besoldungen

Den neuerdings angestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung tragend, wurde durch den Grossen Rat eine gegenüber 1951 erhöhte Teuerungszulage beschlossen (Dekret vom 12. Mai 1952 über die Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal). Sie wurde in zwei Raten (Juni, November) ausgerichtet und setzte sich wie folgt zusammen: 4,5% der jährlichen Grundbesoldung, Fr. 30 Kopfquote, Fr. 45 Familienzulage und Fr. 30 je Kind.

Zusammen mit der Kirchendirektion wurde eine Neuordnung der Geistlichenbesoldungen vorbereitet. Sie bringt nach ihrer Gutheissung durch den Grossen Rat auf 1. Januar 1953 insbesondere eine Erhöhung der Besoldungen der reformierten Hilfsgeistlichen, der Bezirkshelfer, der Pfarrverweser und der Vikare.

Durch das Dekret vom 12. Mai 1952 über die Organisation der Erziehungsdirektion wurde das Besoldungswesen für die gesamte bernische Lehrerschaft (rund 5000 Personen) dem Personalamt übertragen. Zur Erfüllung dieser neuen Aufgabe wurden von der Erziehungsdirektion zwei Angestellte übernommen.

2. Kranken- und Unfallversicherung

Der Kollektivkrankenversicherung gehörten auf Jahresende 2922 Beamte (Krankenkasse für den Kanton Bern 2483, La Jurassienne 439) an, von denen 1189 im ganzen 2017 Krankenscheine bezogen haben.

Bei 2 Unfällen während des Berichtsjahres musste die Kollektivunfallversicherung beansprucht werden. Die ausbezahlten Entschädigungen beliefen sich auf Fr. 42 792. Für drei weitere Fälle wurden durch die Unfallversicherung Fr. 14 500 in Reserve gestellt.

3. Personalkommission

Am 27. Juni 1952 verstarb das Kommissionsmitglied Herr Grossrat Dr. Luick, Sekretär des Bernischen Staatspersonalverbandes. Es war weitgehend seiner Initiative zu verdanken, dass im Jahr 1947 die Personalkommission geschaffen wurde. Seine Sachkenntnis und grosse Erfahrung machten seine Mitarbeit äusserst wertvoll.

Die Personalkommission hielt sechs Sitzungen ab. Die wichtigsten Traktanden betrafen das neue Personalrecht (Dienstordnung), die Reiseentschädigungen und die Beförderungen (Einführung einer Beförderungsprüfung).

4. Personalbestand der Staatsverwaltung

Die Direktionen beschäftigten auf Jahresende:

	Beschäftigte inklusive Aushilfen			In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Männer	Frauen	Zusammen		
Staatskanzlei . .	32	5	37	36	+ 1
Volkswirtschaft .	189	68	257	237	— 12
Justiz	538	98	636	632	+ 9
Polizei	734	89	823	819	+ 25
Finanz	385	70	455	447	— 15
Erziehung . . .	518	185	703	574	+ 26
Kirchen	448	1	449	445	+ 1
Übertrag	2844	516	3360	3190	+ 35

	Beschäftigte inklusive Aushilfen			In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Männer	Frauen	Zusammen		
Übertrag	2844	516	3360	3190	+ 35
Bau- u. Eisenbahn	587	18	605	586	— 1
Forst	271	11	282	130	+ 2
Landwirtschaft .	158	90	248	247	—
Militär	200	26	226	226	+ 9
Fürsorge	112	87	199	198	+ 2
Gemeinde . . .	8	3	11	11	+ 1
Sanität	553	613	1166	1161	+ 31
Total	4733	1364	6097	5749	+ 79

Die grössten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr rühren her:

Bei der Sanitätsdirektion (+ 31): Vermehrung hauptsächlich des weiblichen Pflegepersonals im Frauenspital und in den Heil- und Pflegeanstalten;

bei der Erziehungsdirektion (+ 26): Ausbau der Hochschule und ihrer Institute; Errichtung eines staatlichen Haushaltungslehrerinnenseminars in Pruntrut;

bei der Polizeidirektion (+ 25): Vermehrung des Polizeikorps (der durch Dekret vom 5. Juni 1940 vorgesehene Höchstbestand wird dadurch noch nicht erreicht). Personalvermehrung Strassenverkehrsamt, Schaffung eines Büros für Verkehrserziehung;

bei der Justizdirektion (+ 9): Personalvermehrung in den Bezirksverwaltungen (z. T. zusätzliche Aushilfen und Lehrstellen), Schaffung der psychiatrischen Beobachtungsstation Enggistein;

bei der Militärdirektion (+ 9): Hauptsächlich Mehranstellung von Zeughauspersonal, bedingt durch die neue Truppenordnung (Neueinkleidung der Luftschutztruppen, vermehrte Wiederholungskurse);

bei der Finanzdirektion (— 15): Personalabbau hauptsächlich bei den Abteilungen der Steuerverwaltung (vorübergehender Abbau von Aushilfen bedingt durch die 2jährige Veranlagungsperiode);

bei der Volkswirtschaftsdirektion (— 12): Personalverminderung auf dem Direktionssekretariat, bei den Handelskammern Bern und Biel sowie beim Versicherungsamt.

5. Verschiedenes

Von Personalseite war neuerdings das Begehren gestellt worden, es sei auch den Handwerkern, den Wegmeistern, dem Pflegepersonal und dem landwirtschaftlichen Personal die vierte Ferienwoche zu gewähren. Der Regierungsrat trug diesem Wunsch soweit Rechnung, als dem in Frage stehenden Personal die 4. Ferienwoche bewilligt wurde, sofern es 35 Dienstjahre zurückgelegt oder das 60. Altersjahr erreicht hat (Regierungsratsbeschluss vom 9. Januar 1953). Die Ferienordnung soll später im Zusammenhang mit der Revision des Personalrechts dem Grossen Rat unterbreitet werden.

VI. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. *Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte.* Ein umfassender Bericht über die Hauptrevision ist der Finanzdirektion zugestellt worden.

Berichtigungen von amtlichen Werten sind im Berichtsjahr 9205 (11 725) vorgenommen worden. Von den Steuerpflichtigen wurden 173 (238) und von der Steuerverwaltung 1 (3) Rekurse eingereicht; 126 davon sind bereits entschieden. Beim Verwaltungsgericht wurden 2 (1) Beschwerden eingereicht, von denen eine entschieden ist. Über die Kosten der Berichtigungen wurde mit allen Gemeinden abgerechnet.

2. *Die Abteilung für Steuererlassgesuche* hatte auf Ende 1951 noch 686 (1253) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 9300 (13 615) Gesuche und zwar 1497 (4164) für die Wehrsteuer und 7803 (9451) für die Staatssteuern, wovon nicht weniger als 3996 den Kreis Bern-Stadt und nur 4427 Gesuche den ganzen übrigen Kanton betreffen. Von den total 9986 Gesuchen konnten 9416 erledigt werden; in rund $^2/_3$ der Fälle wurde ganz oder teilweise entsprochen, rund $^1/_3$ wurden abgewiesen. Hängig bleiben auf Jahresende 570 Gesuche. – Für die Steuerjahre 1948 bis 1952 wurde ein Gesamtbetrag an Steuern von Fr. 391 336.85 (Fr. 499 837.60) erlassen. – Ausser den Erlassungsgesuchen hat die Abteilung noch rund 500 Stundungs- und Rückerstattungsgesuche behandelt.

3. *Meldungen für die AHV, Krankenkassen und Bergbauernhilfe.* Von 111 AHV-Ausgleichskassen sind 73 358 (61 756) Meldeformulare über das Einkommen selbständig Erwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger eingegangen; erledigt wurden bis Jahresende 70 618. Ferner mussten 742 (1467) Vernehmlassungen an Kassen und Gerichte behandelt werden. Die Entschädigung für die AHV-Meldungen beträgt für die Veranlagungsperiode 1951/52 Fr. 142 614 (Fr. 139 708). – An Erhebungsformularen für die Krankenkassen mussten 37 879 (11 467) ohne Entschädigung ausgefüllt werden. – Neu übernommen werden musste die Erledigung der Erhebungsformulare betr. die Familienzulagen an Bergbauern nach Art. 5 des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1952; es wurden 3913 Formulare ausgefüllt; auch hiefür erhält der Kanton keine Entschädigung.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Für den Steuerertrag 1952 bildete die Veranlagung 1951 die Grundlage; sie veränderte sich nur durch Zuzug, Wegzug, Revisionen, Einsprachen, Rekurse, Beschwerden, Eliminationen und Steuererlass.

	Rechnung 1951	Budget 1952	Rechnung 1952	+ oder — gegenüber Rechnung 1951	+ oder — gegenüber Budget 1952
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	77 644 164.—	77 800 000.—	77 710 014.—	+ 65 850.—	— 89 986.—
Vermögen	12 396 586.—	12 300 000.—	12 175 301.—	— 221 285.—	— 124 699.—
Total	90 040 750.—	90 100 000.—	89 885 315.—	— 155 435.—	— 214 685.—

Rechnet man zu dieser Hauptsteuer der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer, Nach- und Strafsteuern, sowie den Eingang bereits abgeschriebener Steuern), so ergibt sich für 1952 eine *gesamte Bruttosteuereinnahme* von Fr. 113 274 280. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mindereinnahme von Fr. 1 565 720, gegenüber der Rechnung 1951 eine solche von Fr. 351 273.

Die *Kosten für Verwaltung, Veranlagung und Bezug* belaufen sich auf Fr. 7 464 966 und sind damit um Fr. 111 163 höher als der Voranschlag. An Bezugsprovisionen wurden den Gemeinden Fr. 3 103 408 (Fr. 2 835 072) ausbezahlt. Die Abschreibungen auf den direkten Steuern betragen Fr. 3 038 852 und sind Fr. 915 443 tiefer als im Vorjahr.

C. Steuern der juristischen Personen

Im Jahre 1952 wurden 321 (341) Neugründungen behandelt; liquidiert haben 233 (155) juristische Personen und fusioniert 4 (3). Erlassgesuche sind 52 eingegangen, die alle erledigt wurden. Die Abteilung hat 742 (969) Bücheruntersuchungen durchgeführt, wovon 437 für andere Veranlagungsbehörden. Im Auftrage der Finanzdirektion wurden die Rechnungen von 34 Bezirksspitälern revidiert. – Für die Steuerverwaltung und zahlreiche Abteilungen anderer Direktionen wurden am Adressograph 314 181 (350 473) Adressen gedruckt.

Im Laufe des Jahres wurden 765 Personalfürsorgestiftungen revidiert. Zur Zeit bestehen im Kanton 995 Fürsorgestiftungen und -kassen mit einem Gesamtvermögen von Fr. 463 945 645, wozu aber noch rund 120 Millionen als Rückkaufswerte von Policen bei Versicherungsgesellschaften gerechnet werden können; die gesamten zu Fürsorgezwecken bereitgestellten Mittel betragen daher rund Fr. 584 000 000.

1. Erwerbsgesellschaften, Selbsthilfe- und Erwerbsgenossenschaften

Gewinn- und Ertragsteuer (Reinertrag)	Fr.	13 951 933.—
Kapital- und Vermögensteuer . .	»	4 686 953.—
Zusammen	Fr.	18 638 886.—
Voranschlag	»	20 200 000.—
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	1 561 114.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	268 745.—

2. Holdinggesellschaften

Holdingsteuer (Reinertrag)	Fr.	22 423.—
Voranschlag	»	20 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	2 423.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	50.—

3. Übrige juristische Personen

Einkommensteuer (Reinertrag) . .	Fr.	781 240.—
Vermögensteuer	»	672 729.—
Zusammen	Fr.	1 453 969.—
Voranschlag	»	1 450 000.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	3 969.—
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	»	35 648.—

Neu übernommen hat die Abteilung für juristische Personen alle Arbeiten, die mit den *Arbeitsbeschaffungsreserven* zusammenhängen. Trotz dieser grossen Mehrbelastung wird versucht, ohne Personalvermehrung auszukommen.

D. Vermögensgewinnsteuer

Der *Reinertrag* der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 2 682 644 (Fr. 3 004 174), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 282 644 ausmacht und gegenüber dem Vorjahr eine Mindereinnahme von Fr. 321 530.

Die Zahl der Veranlagungen betrug 4392 (4183); in 1525 Fällen wurde kein Vermögensgewinn festgestellt. Einsprachen waren 433 (457) zu erledigen; 80 (52) wurden an die Rekurskommission weitergezogen und davon 12 (3) als Beschwerden an das Verwaltungsgericht. An Erlassgesuchen waren 244 (211) zu behandeln.

E. Nach- und Strafsteuern

Der *Reinertrag* beziffert sich auf Fr. 568 201 (Fr. 746 024), was gegenüber dem Voranschlag eine Mindereinnahme von Fr. 81 799 und gegenüber dem Vorjahr eine solche von Fr. 177 823 bedeutet.

Behandelt wurden 4010 (3815) Fälle in bezug auf die Staatssteuer, die Wehrsteuern der Perioden III bis

VI und das II. Wehropfer. Nach- und Strafsteuern mussten festgesetzt werden: Für die Staatssteuer in 645 (707) Fällen, Wehropfer 243 (251) und Wehrsteuer 493 (521). Die übrigen Fälle konnten als richtig versteuert abgeschrieben werden.

Für die kantonalen Nach- und Strafsteuern wurden 40 (41) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; ganz oder teilweise entsprochen wurde in 25 (28) Fällen, während 15 (13) abgewiesen wurden. An die Rekurskommission wurden 11 (9) kantonale und 14 (7) eidgenössische Fälle weitergezogen.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der *Reinertrag*, abzüglich Gemeindeanteil, beläuft sich auf Fr. 5 895 359, was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 1 895 359 und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 1 830 191 ausmacht. Zurückzuführen ist dieser erhebliche Mehrertrag auf einige grosse Abgabefälle, worunter der grösste Fall seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1919. – Die Rückerstattungen machen in 269 (184) Fällen Fr. 109 707 (Fr. 50 172) aus und die Eliminationen in 9 Fällen Fr. 57 408.

An *Gemeindeanteilen* wurden Fr. 1 473 774 (Fr. 1 016 263) ausgerichtet. Die Verrechnung mit den Handänderungsabgaben macht in 1119 (832) Fällen Fr. 372 383 (Fr. 325 895) aus.

Behandelt wurden 9618 (9033) Fälle. Die 3142 (2885) abgabepflichtigen Fälle ergaben einen Rohertrag von Fr. 7 662 500 (Fr. 5 369 292).

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht wurden in 19 (21) Fällen geführt und vor Bundesgericht 1 Fall. – Gesuchsanträge wurden 303 (261) gestellt, und Bussen mussten in 17 (10) Fällen ausgesprochen werden.

G. Kantonale Wehrsteuer

Die II. Periode (1943/44) konnte mit einem Resteingang von Fr. 1 187.47 abgeschlossen werden. Die Gesamteingänge dieser Periode beliefen sich auf Fr. 20 684 169.65.

H. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Wehrsteuer

II. Periode (1943/44): Total Eingang bis 31. Dezember 1952 Fr. 51 244 955.21, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 373 486.59; Eingang im Jahre 1952 Fr. 1 292.20; mit diesem Eingang ist die zweite Periode vollständig liquidiert.

III. Periode (1945/46): Weil das zweite Wehropfer erhoben wurde, war für die III. Periode keine Vermögensteuer zu entrichten. Total Eingang bis 31. Dezember 1952 Fr. 51 946 247.50, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 15 583 874.25; Eingang im Jahre 1952 Fr. 39 434.29; Ausstand auf Ende 1952 Fr. 14 139.10.

IV. Periode (1947/48): Für das Jahr 1947 wurde keine Vermögensteuer erhoben, da noch die III. Rate des zweiten Wehropfers zu entrichten war. Total Eingang bis 31. Dezember 1952 Fr. 79 006 360.63, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 23 701 908.20; Eingang im Jahre 1952 Fr. 163 648.73; Ausstand auf Ende 1952 Fr. 120 197.91.

V. Periode (1949/50): Total Eingang bis 31. Dezember 1952 Fr. 91 672 026.29, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 27 501 607.89; Eingang im Jahre 1952 Fr. 1 178 688.08; Ausstand auf Ende 1952 Fr. 715 696.98.

VI. Periode (1951/52): Total Eingang bis 31. Dezember 1952 Fr. 55 451 268.29, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 16 635 380.49; Ausstand auf Ende 1952 Fr. 23 613 763.90. Die Steuer für das Jahr 1952 wird erst am 1. März 1953 fällig.

2. Sonderzuschlag zur Wehrsteuer 1949

Total Eingang bis 31. Dezember 1952 Franken 15 937 430.63, davon Anteil des Kantons (10 %) Franken 1 593 743.09. Eingang im Jahre 1952 Fr. 160 716.45; Ausstand auf Ende 1952 Fr. 150 703.60.

3. Eidgenössisches Wehropfer

II. Wehropfer (1945/47): Total Eingang bis 31. Dezember 1952 Fr. 119 858 304.27, davon Anteil des Kantons (10 %) Fr. 11 985 830.45; Eingang im Jahre 1952 Fr. 143 121.05; Ausstand auf Ende 1952 Fr. 12 178.90.

Die Wehrsteuerabteilung hat 2704 Meldungen von andern Kantonen und 9263 Meldungen der eidgenössischen Steuerverwaltung verarbeitet; ihrerseits hat sie andern Kantonen 1853 Meldungen erstattet. Steuerteilungsvorschläge sind von andern Kantonen 413 eingegangen und 255 an andere Kantone ausgegangen.

J. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Auch im Berichtsjahr wurde wiederum das antraglose Verfahren durchgeführt. Insgesamt sind 73 058 (131 079) Gutschriften mit einem totalen Verrechnungssteuerbetrag von Fr. 12 487 275.35 (Fr. 21 845 570.—) erteilt worden, wovon Fr. 12 349 403.75 (Fr. 21 596 771.95) durch die Gemeinden mit Staats- und Gemeindesteuern verrechnet und Fr. 137 871.60 den Berechtigten direkt zurückerstattet worden sind.

Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen wurden 1859 (4460) ausgefertigt.

b) Vorzeitiges Verrechnungsverfahren: Die vorzeitig behandelten Anträge auf Verrechnung oder Rückerstattung der im Jahr 1952 an der Quelle abgezogenen Verrechnungssteuer setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	781	Fr. 156 828.75
Lotteriegewinne . .	1270	» 231 004.65
Übrige.	41	» 7 884.60
Total	2092 (1819)	Fr. 395 718.—

c) Beschleunigtes Verrechnungsverfahren: Für in den Jahren 1945 bis 1951 abgezogene Verrechnungssteuer

wurden eine Anzahl Anträge beschleunigt behandelt, nämlich:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften	614	Fr. 472 187.65
Lotteriegewinne . .	652	» 149 444.15
Übrige.	123	» 160 486.40
Total	1389 (2281)	Fr. 782 118.20

2. Beschränkung von ausländischen Quellensteuern

Im Zusammenhang mit den von der Schweiz mit verschiedenen Auslandstaaten abgeschlossenen *Doppelbesteuerungsabkommen* hat das kantonale Verrechnungssteueramt auch bei der teilweisen Rückerstattung der auf ausländischen Kapitalerträgen abgezogenen Quellensteuern mitzuwirken. Folgende Anzahl von Anträgen auf Rückerstattung von ausländischen Quellensteuern waren zu behandeln:

Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA

Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts USA:

a) im ordentlichen Verfahren total.	338 Anträge mit	Fr. 268 634.95
b) im vorzeitigen Verfahren total.	19 » » »	17 145.65
Total	357 Anträge mit	Fr. 285 780.60

Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden

Abgabe von Wohnsitz- und Besteuerungsbescheinigungen an die eidgenössische Steuerverwaltung für total 118 Rückerstattungsanträge.

Doppelbesteuerungsabkommen mit Holland

Abgabe von Wohnsitz- und Besteuerungsbescheinigungen an die eidgenössische Steuerverwaltung für total 326 Rückerstattungsanträge.

K. Gemeindesteuerwesen

Teilungspläne: Die Abteilung für das Gemeindesteuerwesen hatte 1930 (1971) Gemeindesteuerteilungen für natürliche und 257 (70) für juristische Personen vorzunehmen. Einsprachen sind 30 (16) eingelangt, von denen 21 erledigt wurden. Es wurden keine Beschwerden gegen die Einspracheentscheide an das Verwaltungsgericht eingereicht.

Steuerausgleichfonds: Ordentliche Beiträge aus dem Hauptfonds erhielten 116 (101) Gemeinden im Betrag von Fr. 1 374 932.— (Fr. 785 770.—). Ausserordentliche Beiträge aus dem Sonderfonds wurden an 35 (22) Gemeinden ausgerichtet in der Höhe von Fr. 139 900.— (Fr. 97 210.—).

Im Berichtsjahr gingen an Gemeindesteuern von Banken und Sparkassen Fr. 2 004 205.55 ein. Die Zinsen betrugen für den Hauptfonds Fr. 225 228.30 und für den Sonderfonds Fr. 21 749.01. Der Stand des Hauptfonds beträgt auf Jahresende Fr. 8 731 277.15 und der des Sonderfonds Fr. 971 635.15. Das bedeutet eine Zunahme des Hauptfonds gegenüber dem Vorjahre um Fr. 1 223 664.95 und des Sonderfonds um Franken 246 687.76.

L. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag pro 1952	Roherträgnisse pro 1952	Roherträgnisse pro 1951
Stempelmarken	Fr. 1 450 000.—	Fr. 1 521 653.70	Fr. 1 492 721.—
Stempelpapier	» 140 000.—	» 168 572.95	» 178 827.30
Spielkartenstempel	» 65 000.—	» 77 074.—	» 75 524.—
Total Rohertrag	Fr. 1 655 000.—	Fr. 1 767 300.65	Fr. 1 747 072.30
Hievon gehen ab:			
Papier- und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	» 173 273.—	» 163 841.10	» 167 230.55
Reinertrag	Fr. 1 481 727.—	Fr. 1 603 459.55	Fr. 1 579 841.75

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 121 732.55
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr.	Fr. 23 617.80

Das gute Ergebnis ist auf die immer noch anhaltende Konjunktur zurückzuführen.

2. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1952	Rechnung 1952	Rechnung 1951
Rohertrag	Fr. 600 000	Fr. 662 171.87	Fr. 637 571.43
Wovon abgehen:			
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft (siehe Konto 2000 941 4 der Erziehungsdirektion)	» 517 000	» 570 071.80	» 449 747.85
Reinertrag	Fr. 83 000	Fr. 92 100.07	Fr. 187 823.58

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag . . . . . Fr. 9 100.07

Minderertrag gegenüber dem Vorjahr . . . . . Fr. 95 723.51

Der Minderertrag ist durch beträchtliche Mehraufwendungen für Kunst und Wissenschaft verursacht worden.

VII. Statistisches Bureau

1. Natürliche Bevölkerungsbewegung. Wir beschränken uns dieses Jahr darauf, die Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsbewegung festzuhalten. Sie zeigt im Kanton Bern seit dem Jahre 1927 folgende Entwicklung:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss
1927–1930 . . .	49 042	31 551	17 491
1931–1935 . . .	57 361	39 129	18 232
1936–1940 . . .	54 612	39 836	14 776
1941–1945 . . .	72 614	40 605	32 009
1946-1950 . . .	79 327	41 166	38 161
1949	15 439	8 218	7 221
1950	15 415	7 789	7 626
1951	14 655	8 123	6 532
1952 prov.. . .	14 752	7 986	6 766

Die Geburtenziffer blieb auf dem reduzierten Umfang des Vorjahres. Da die Sterbeziffer etwas günstiger lag, resultiert eine leichte Erhöhung des Geburtenüberschusses.

2. Die Erhebung über den Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes im Kanton Bern wurde weitergeführt. An der Berichterstattung im Baugewerbe wirken rund 110, in der Industrie rund 380 Firmen, die gegen 50% des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen, mit. An der Berichterstattung sind alle Erwerbszweige und Landesteile beteiligt.

Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Branchen wird für die Berechnung eines Durchschnittes nach Massgabe ihrer Bedeutung für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt. Für die Indexberechnung ist der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt. Darnach betrug der Beschäftigungsgrad je auf Quartalsende:

Betriebszweige	Gewichtung	1952 Quartale I	1952 II	1952 III	1952 IV	1951 IV. Quartal
Textilindustrie	6	139	129	128	129	145
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	114	109	113	113	115
Nahrung, Genussmittel	12	108	104	116	113	118
Chemische Industrie	2	128	129	121	117	136
Papier, Leder, Kautschuk	3	122	122	123	123	122
Graphisches Gewerbe	5	138	140	141	140	137
Holzbearbeitung	9	116	119	120	120	120
Maschinen, Apparate, Metalle	21	151	154	152	151	152
Uhren, Bijouterie	15	128	129	131	132	124
Steine und Erden	3	107	105	106	105	104
Alle Industrien, gewogen	85	128,5	128,0	130,0	129,6	130,4
Baugewerbe	15	138	167	162	110	128
Gewogener Gesamtindex	100	129,9	133,9	134,8	126,7	130,1

Im vierten Quartal 1952 haben sich in den **Industriezweigen** die Belegschaften gegenüber dem Vorquartal ausser einem leichten Rückgang der chemischen und der Nahrungsmittelindustrie, wenig verändert. Im Vergleich zum vierten Quartal 1951 zeigen die chemische und die Textilindustrie erhebliche Abnahmen. Andererseits wuchsen die Personalbestände nochmals deutlich in der Uhrenindustrie.

Die **Baugewerbebetriebe** senkten der Wintersaison entsprechend den Beschäftigungsstand sehr stark. Er ist um 52 Punkte tiefer als im Vorquartal und um 18 Punkte tiefer als im vierten Quartal 1951.

Der **Gesamtindex** für Industrie und Baugewerbe zusammen hat sich mit 126,7 Punkten gegenüber dem Vorquartal um 8,1 Punkte, gegenüber dem vierten Quartal 1951 um 3,4 Punkte gesenkt. Wird der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt, so ergibt sich je am Ende des vierten Quartals

1944	=	104,4
1945	=	113,1
1946	=	128,0
1947	=	130,2
1948	=	127,7
1949	=	116,1
1950	=	121,7
1951	=	130,1
1952	=	126,7

Der Beschäftigungsgrad hat sich im vierten Quartal zurückentwickelt, zählt aber immer noch zu den besten, die seit 1944 ermittelt wurden.

3. Die Erhebung über die Wohnungsproduktion wurde weitergeführt. Ihr Stichtag ist der 25. März. Nach unsern Erhebungen verkleinerte sich die Produktion sowohl bei den fertiggestellten wie bei den im Bau befindlichen Wohnungen:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	Je auf Ende März im Bau befindliche Wohnungen	leerstehende Wohnungen Total	davon bereits vermietet
1945 . . .	2638	1310	326	105
1946 . . .	3344	.	.	.
1947 . . .	4042	3225	236	96
1948 . . .	4711	3546	275	123
1949 . . .	3792	2164	338	114
1950 . . .	4719	2943	554	207
1951 . . .	4749	2994	1035	371
1952 prov.	3992	2317	892	274
Jan./März 1953 prov.	514	2196	585	173

Zur Beurteilung des Wohnungsbedarfes geben wir nachstehend eine Aufstellung über die Veränderung im Bestand der Ehen. Im allgemeinen bedarf es auf 100 bestehende Ehen 125 Wohnungen. Der Verlauf des Wohnungsbedarfes und der Wohnungsproduktion zeigt seit 1945 folgende Entwicklung:

Jahr	Vermehrung der Ehen	Zunahme des Wohnungsbedarfes	Festgestellte Wohnungsproduktion	Überdeckung der Bedarfsvermehrung
1945 . . .	2 560	3 200	2 638	— 562
1946 . . .	3 040	3 800	3 344	— 456
1947 . . .	3 060	3 825	4 042	217
1948 . . .	2 880	3 600	4 711	1111
1949 . . .	2 550	3 190	3 792	602
1950 . . .	2 640	3 300	4 719	1419
1951 . . .	2 470	3 100	4 749	1649
1952 (prov.)	2 600	3 200	3 992	792
	21 800	27 215	31 987	4772

4. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1949 Fr.	1950 Fr.	1951 (prov.) Fr.
Barleistungen . . .	21 464 173	22 104 763	22 931 283
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk) . . .	499 618	501 338	521 363
Total Bruttoaufwand	21 963 791	22 606 101	23 452 646

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1949 Fr.	1950 Fr.	1951 (prov.) Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . . .	779 571	955 983	1 098 649
Beiträge von andern Gemeinwesen. . .	54 859	68 517	89 076
Beiträge von Privaten	803 317	816 779	1 595 688
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen .	20 326 044	20 764 822	20 669 233
Total wie oben. . .	21 963 791	22 606 101	23 452 646

Der zu Lasten der Gemeinden fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

Jahr	Absolut		Je Kopf der Wohnbevölkerung
1928/1932	Fr. 10 035 440	=	Fr. 14.51
1933/1937	» 8 293 673	=	» 11.48
1938/1942	» 6 649 219	=	» 9.11
1943	» 6 867 493	=	» 9.24
1944	» 7 144 775	=	» 9.53
1945	» 8 282 260	=	» 10.94
1946	» 13 745 158	=	» 18.05
1947	» 16 712 207	=	» 21.26
1948	» 18 531 637	=	» 23.36
1949	» 20 326 044	=	» 25.39
1950	» 20 764 822	=	» 25.89
1951 (prov.)	» 20 669 233	=	» 25.77

Seit 1945 ist der Aufwand der Gemeinden für den Strassen- und Brückenbau ausserordentlich stark gewachsen. Er erreichte im Jahre 1950 den 2½fachen Betrag des Jahres 1945 und war doppelt so gross als in der Periode 1928–1932.

Die Beiträge von Privaten pro 1951 weisen eine beträchtliche Erhöhung auf und haben sich gegenüber dem Vorjahr beinahe verdoppelt.

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons zuzuzählen.

Nach Ämtern geordnet, betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) für die Jahre 1949, 1950 und 1951 (die Zahlen seit dem Jahre 1928 sind in den früheren Verwaltungsberichten veröffentlicht):

	1949 Fr.	1950 Fr.	1951 (prov.) Fr.
Aarberg	349 336	392 194	470 721
Aarwangen	734 925	591 596	804 182
Bern	7 585 419	6 718 827	6 359 551
Biel	1 849 084	2 284 718	2 383 824
Büren	638 700	506 982	342 818
Burgdorf	451 262	619 930	646 132
Courtelary	942 044	1 044 412	837 492
Delémont	482 985	420 273	442 068
Erlach	131 273	81 557	102 584
Franches-Montagnes	197 542	166 983	103 117
Fraubrunnen	223 289	223 725	241 764
Frutigen	208 548	226 841	220 572
Interlaken	678 917	586 214	576 219
Konolfingen	437 164	450 069	570 709
Laufen	158 851	159 070	285 777
Laupen	223 298	168 302	223 751
Moutier	1 141 412	1 415 754	1 184 960
La Neuveville	143 306	83 144	81 257
Nidau	330 940	303 826	379 833
Oberhasli	143 057	192 265	213 844
Porrentruy	470 355	407 950	433 385
Saanen	69 352	102 067	70 651
Schwarzenburg	126 643	125 818	161 942
Seftigen	262 027	380 873	321 338
Signau	311 052	365 588	323 183
Nieder-Simmental	296 722	261 914	236 599
Ober-Simmental	58 721	55 050	72 716
Thun	1 008 571	1 780 801	1 933 972
Trachselwald	380 284	333 038	275 596
Wangen	290 965	315 041	368 676
Total	20 326 044	20 764 822	20 669 233

5. Statistik der Steueranlagen. Wiederum wurde die jährliche Zusammenstellung der von den Gemeinden pro 1952 beschlossenen Steueranlagen ausgearbeitet. Das Ergebnis wurde bereits am 15. Oktober 1952 in einem vervielfältigten Heft den Gemeinden zugestellt.

6. Statistik der Steuerkraft und Tragfähigkeit. In Fortsetzung der früheren diesbezüglichen Arbeiten bereinigten wir die Steuerkraft der Gemeinden nach dem Ertragsfaktor für 1950. Die diesem Jahr entsprechende Gesamtsteueranlage drückt die Belastung einschliesslich der Steuern der Unterabteilungen, Kirchgemeinden und der ausserordentlichen Gemeindesteuern aus. Dem Vergleich der zwei genannten Faktoren entnehmen wir die Tragfähigkeit. Unterm 5. November 1952 konnten wir die genannten Angaben des Steuerjahres 1950 den interessierten Verwaltungsstellen überreichen. Im gewogenen Mittel ergaben die Ermittlungen folgende Resultate:

Jahr	Steuerkraft absolut Fr.	Steuerkraft je Einwohner Fr. [1]	Steuerkraft je Einwohner Fr. [2]
1945	37 557 195	51.52	49.63
1946	37 694 410	51.71	49.51
1947	46 008 664	63.12	58.54
1948	46 711 796	64.08	58.88
1949	54 484 424	74.75	68.07
1950	53 684 755	66.94	66.94

Jahr	Steueranlage	Tragfähigkeitsfaktor je Einwohner Fr. [1]	Tragfähigkeitsfaktor je Einwohner Fr. [2]
1945	2,41	21.38	20.59
1946	2,39	21.64	20.72
1947	2,42	26.08	24.19
1948	2,40	26.70	24.53
1949	2,37	31.54	28.72
1950	2,40	27.89	27.89

[1]) Einwohnerzahl der letzten Volkszählung.
[2]) gemäss geschätzter Wohnbevölkerung.

7. Begutachtung für Beihilfeordnung. Die Arbeit erfolgte zuhanden der Ausgleichskasse des Kantons und betraf im Berichtsjahr 1693 Mutationen und Beihilfegesuche von Gebirgsbauern.

8. Weinernteerhebung 1952. Diese jährlich durchgeführte Erhebung in den weinbauenden Gemeinden wurde entsprechend den Bedürfnissen des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes durchgeführt. Die Zahl der Rebenbesitzer betrug 1248 und das Rebareal umfasste 281,41 ha. Der Geldwert der Weinernte fiel bedeutend geringer aus als im Vorjahr und wurde auf Fr. 1 578 690 geschätzt, wozu noch der Ertrag des Tafeltraubenverkaufs von Fr. 14 280 kommt.

9. Viehzählung. Am 21. April 1952 wurde eine eidgenössische repräsentative Viehzählung durchgeführt. Sie genügt für die Beurteilung der Produktionsbewegung. Es ergaben sich für den Kanton Bern folgende Bestände:

	1951 Stück	1952 Stück
Pferde	43 155	43 225
Rindvieh	343 527	358 830
davon Kühe	179 144	184 105
Schweine	179 671	204 250
Hühner	1 280 830	1 313 010

10. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe öffentlichrechtlicher Unternehmungen wurde weitergeführt.

Um die störende Wirkung der Änderung in der Inventarbewertung aufzuheben, fassen wir die Ergebnisse der Periode 1941/1951 in eine Gruppe zusammen.

Der Inventarwert des Pächterkapitals aller Staatsbetriebe betrug je per 31. Dezember:

Jahr	absolut Fr.	je ha mit Wald Fr.
1941	3 154 806	1244
1951	4 838 510	1771
1952	4 946 597	1845

Die Vermehrung des Inventarwertes des Pächterkapitals vom Jahre 1941 bis zum Dezember 1951 betrug per ha mit Wald gerechnet 42%. In den Kontrollbetrieben des Schweizerischen Bauernsekretariates betrug die Erhöhung des Inventarwertes des Pächterkapitals 48%.

Es handelt sich im wesentlichen um eine blosse Aufwertung. Diese ist bei den Viehstücken besonders augenfällig.

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha Total	davon Wald
1929/30 . .	19	2424	84
1931/35 . .	19	2472	88
1936/40 . .	19	2520	96
1941/45 . .	19	2577	134
1946/49 . .	20	2645	150
1950 . . .	20	2724	147
1951 . . .	20	2732	147
1952 . . .	20	2681	136

Die Zahl der Betriebe ist gleich geblieben. Extensive Kulturarten wie Magerweiden und Streueflächen sind mit einer Reduktion in die Kulturflächensumme einbezogen. Der Rückgang im Areal ist dem Umstand zuzuschreiben, dass in zwei Betrieben auf die Weiterbenützung von Pachtland verzichtet worden ist.

b) Erträge, Aufwand und «Überschuss». Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss" Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	2 849 703	1 995 447	854 256
1931/35.	2 338 911	1 945 259	393 652
1936/40.	2 639 123	1 966 090	673 033
1941/51.	4 798 310	3 180 693	1 617 617
1952 . .	5 529 335	4 686 107	843 228
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30.	1176	823	353
1931/35.	946	787	159
1936/40.	1047	780	267
1941/51.	1822	1203	619
1952 . .	2063	1748	315

Die Bruttoerträge ergaben gegenüber dem Durchschnitt 1941/51 eine Verbesserung um rund 13%. Die Entwicklung des Aufwandbetrages wird durch den Umstand gestört, dass in der Periode 1941/51 die Teuerungszulagen nur partiell über die Betriebsrechnungen verbucht worden sind. Erst für die Jahre 1951 und 1952 erfolgte die volle Einrechnung der Teuerungszulagen in die Betriebskosten. Der «Überschuss» ist bescheiden geworden. Er ist mit Fr. 315 per Hektar kleiner als in der Periode 1929/30, in der er Fr. 353 per Hektar ausmachte. Trotz der höheren Investition im Pächterkapital ist er nur um weniges günstiger als in der Fünfjahresperiode vor dem zweiten Weltkrieg.

Von den einzelnen Rohertragskonten zeigte der Ertrag der Rindviehzucht ein ungefähr gleiches Ergebnis wie in der Periode 1941/51. Der Milchertrag ergab eine erfreuliche Zunahme. Dasselbe gilt auch für die Schweinehaltung. Der übrige Tierbestand und der Ertrag an landwirtschaftlichen Produkten hielt sich auf dem Durchschnittsergebnis der Kriegs- und Nachkriegsjahre.

Im Aufwand zeigen die Posten Pachtzinse und Steuern eine rückläufige Bewegung. Es hängt das zusammen mit der Neuordnung durch das Steuergesetz. Der Aufwand für Gebäudeunterhalt und den Maschinenpark ist gegenüber der Periode 1941/51 stark gestiegen, ebenso der Betrag für verschiedene Ausgaben.

Die einzelnen Betriebszweige lieferten folgende Endroherträge:

Jahr	Rindviehhaltung Tiere Fr.	Milch Fr.	Schweinehaltung Fr.	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) Fr.	Landwirtschaftliche Produkte Fr.	Verschiedenes Fr.
			aa) absolut:			
1929/30	372 051	627 924	500 349	49 226	1 141 242	158 911
1931/35	194 971	593 960	314 893	50 579	1 015 346	169 162
1936/40	327 217	563 999	339 814	78 411	1 172 142	157 540
1941/51	651 136	807 326	635 246	200 669	2 399 017	104 916
1952	645 463	1 167 048	808 589	201 396	2 463 227	243 612
			bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30	154	259	206	20	471	66
1931/35	79	240	127	21	411	68
1936/40	130	224	135	31	465	62
1941/51	246	306	240	77	914	39
1952	241	435	302	75	919	91

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge je Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäudeunterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Düngemittel Fr.	Sämereien Fr.	Futtermittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
			aa) absolut:				
1929/30	354 485	34 035	194 747	121 476	72 017	351 048	249 012
1931/35	360 280	23 812	166 084	91 879	68 395	329 219	245 457
1936/40	365 514	17 645	141 942	95 187	100 919	365 403	243 390
1941/51	382 541	83 451	335 264	193 620	202 175	475 044	323 966
1952	337 677	182 102	354 947	204 023	168 148	724 786	621 049
			bb) je Hektar Kulturfläche:				
1929/30	146	14	81	50	30	144	103
1931/35	146	10	67	37	28	133	99
1936/40	145	7	56	38	40	145	97
1941/51	145	31	128	74	77	179	122
1952	126	68	132	76	63	270	232

c) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. Den besten Einblick in die Entwicklung der Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft bietet die Veränderung des volkswirtschaftlichen Einkommens (Netto-Rohertrag). Dieses ist der Betrag, der als Entgelt für die aufgewendete bezahlte und unbezahlte Arbeit, für das festgelegte eigene und fremde Kapital und für Steuerleistungen zur Verfügung steht. Das volkswirtschaftliche Einkommen ist auch jene Grösse, die nicht nur im Kanton Bern, sondern in verschiedenen andern Kantonen als Grundlage für die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens herangezogen wird. Es ist am besten geeignet, Vergleiche zwischen den Ergebnissen der verschiedenen Anstalten zu ziehen, weil es den störenden Einfluss der verschiedenartigen Arbeitsverfassung der einzelnen Betriebe beseitigt.

Der Netto-Rohertrag ist auch jene Grösse, die in erster Linie einen Vergleich mit den Ergebnissen der Rentabilitätserhebungen des Schweizerischen Bauernsekretariates ermöglicht.

In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirtschaftliches Einkommen Fr.
	aa) absolut:		
1929/30.	618 627	1 208 741	1 827 368
1931/35.	660 133	753 932	1 414 065
1936/40.	636 090	1 038 547	1 674 637
1941/51.	1 184 632	2 000 158	3 184 790
1952 . .	2 093 375	1 180 905	3 274 280
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30.	255	499	754
1931/35.	267	305	572
1936/40.	252	412	664
1941/51.	447	764	1211
1952 . .	781	441	1222

Das volkswirtschaftliche Einkommen lieferte im Jahre 1952 ein praktisch gleiches Ergebnis wie im Durchschnitt der Periode 1941/51. In diesem Ergebnis ist das Resultat der Höherbewertung des Pächterkapitals eingeschlossen. Infolge der Erhöhung des Aufwandes für Besoldungen und Arbeitslöhne ging der Betrag, der dem Staat für das gesamte festgelegte Liegenschafts- und Pächterkapital wie für Steuern und für unbezahlte Arbeit zur Verfügung steht, zurück. Mit Fr. 441 pro Hektar fällt ihm weniger zu als in den Jahren 1929/1930 und das Ergebnis übersteigt im Jahre 1952 jenes der Periode 1936/40 nur noch mit Fr. 29 per Hektar. Real genommen liegt es bedeutend tiefer als in der Vorkriegszeit.

Gruppiert nach der Art der Anstalten ergeben sich folgende Netto-Rohertragsziffern je Hektar Kulturfläche:

In den Gutsbetrieben der	1945 Fr.	1950 Fr.	1951 [1]) Fr.	1952 Fr.
landw. Schulen .	1246	1294	1316	1411
Strafanstalten .	1320	995	1426	931
Heil- und Pflegeanstalten . .	1274	1288	1673	1512
Erziehungsheime	1315	1018	1465	1337
Durchschnitt sämtl. Betriebe	1302	1086	1468	1222

[1]) inkl. Ertrag infolge Höherbewertungen.

Obschon die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe 1945	1949	1950	1951 [1])	1952
Bis 600	—	1	3	—	1
601— 900	6	5	5	5	5
901—1200	4	4	2	4	1
1201—1500	3	4	4	2	7
1501—1800	5	6	5	4	4
Über 1800	1	—	1	5	2
Total	19	20	20	20	20

[1]) inkl. Ertrag infolge Höherbewertungen.

11. Statistik über die amtlichen Werte der Liegenschaften. Diese ist im Laufe des ersten Semesters 1953 abgeschlossen worden. Wir haben die Berichterstattung von 493 Gemeinden zusammengestellt. Der Wert der Gebäude lautet auf Fr. 5 189 107 729, und der totale amtliche Wert beziffert sich auf Fr. 7 450 218 723. Je Einwohner von 1950 beträgt demnach der amtliche Wert der Gebäude Fr. 6471, der gesamte amtliche Wert Fr. 9290.

VIII. Salzhandlung

Umsatz pro 1952

1. Kochsalz

Kochsalz, unjodiertes, offen	2 051 700 kg
Kochsalz, jodiertes, offen	6 121 750 kg
Kochsalz, unjodiertes in Paketen. . .	26 625 kg
Kochsalz, jodiertes in Paketen . . .	641 475 kg
Total	8 841 550 kg
Im Vorjahr wurden abgegeben (gewöhnliches 2 150 300 kg, jodiertes offenes 5 951 000 kg, in Paketen 554 650 kg)	8 655 950 kg
Im Berichtsjahr wurden mehr verkauft	185 600 kg

2. Andere Salzarten

	Umsatz 1951 kg	Umsatz 1952 kg	Mehr-Umsatz als 1951 kg	Weniger-Umsatz als 1951 kg
Tafelsalz	215 625	146 800	—	68 825
Tafelsalz Grésil .	9 200	56 480	47 280	—
Meersalz	72 100	83 700	11 600	—
Gewerbesalz . .	2 799 600	2 637 150	—	162 450
Vergoldersalz . .	12 800	12 900	100	—
Salzlecksteine . .	112	400	288	—
Nitritpökelsalz . .	130 150	158 650	28 500	—
Übrige Spezialsalze	28 300	64 106	35 806	—

Den Rheinsalinen wurden für die sämtlichen Bezüge (Koch- und Spezialsalze) Fr. 1 383 854.70 bezahlt gegenüber Fr. 1 282 652.70 im Vorjahr.

Reinertrag

Dieser geht hervor aus dem Bruttoertrag von		Fr. 2 989 405.80
abzüglich der Betriebskosten von	Fr. 1 736 636.03	
und der Verwaltungskosten von	» 47 042.30	
		» 1 783 678.33
verbleiben der Staatskasse als Reinertrag		Fr. 1 205 727.47
Im Voranschlag war ein Ertrag vorgesehen von		Fr. 1 032 694.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag		Fr. 173 033.47
Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Reinertrag *vermehrt* um . .		Fr. 61 982.41

Inbegriffen im Reinertrag von Fr. 1 205 727.47 ist eine Rückvergütung der Schweizerischen Rheinsalinen von Fr. 90 083.50 für Bezüge auf dem offenen Kochsalz im Jahre 1951.

IX. Domänenverwaltung

Der eigentliche Liegenschaftsverkehr (Kauf und Verkauf) war im Berichtsjahre etwas geringer als in den Vorjahren. Dagegen hat sich die Zahl der Abtauschgeschäfte etwas vermehrt und zwar als Folge der Bestrebungen, den staatlichen Grundbesitz möglichst zu erhalten. Der allgemeine Landhunger macht sich auch durch vermehrte Ansprüche an Staatsland fühlbar. In der Regel wird Land nur auf der Basis des Realersatzes abgegeben.

Das Jahr 1952 war gekennzeichnet durch vermehrten Raumbedarf seitens der Verwaltung, was zu ausserordentlichen Massnahmen zwang. So musste insbesondere für das kantonale Strassenverkehrsamt eine neue Unterkunft beschafft werden, was nur durch die Miete von Räumlichkeiten im neuerstellten «Ringhof» möglich war. Im gleichen Gebäude konnten auch das Betreibungs- und Konkursamt, sowie das kantonale Kulturingenieurbüro zweckmässig untergebracht werden. Diese

Dienstzweige verfügen nun über ausreichende und moderne Räume und Einrichtungen, was sich besonders für den umfangreichen Betrieb des Strassenverkehrsamtes sehr günstig auswirkt. Die durch diese Verlegungen freiwerdenden Räumlichkeiten an der Speichergasse sind zur bessern Unterbringung des Polizeikommandos vorgesehen. Aber auch in den Bezirken machte sich ein vermehrter Raumbedarf geltend. So mussten in Interlaken für die dortige Polizeiwache geeignete Lokalitäten gemietet werden. Ebenso mussten die Kreiskommandos Thun und Langenthal neu untergebracht werden. Der im Jahre 1951 begonnene Umbau der Häuser Nydeggbaube 11/13 wurde im Berichtsjahr beendet, so dass das kantonale Versicherungsamt im Sommer 1952 in die neuen Räume umziehen konnte und nun dort sehr zweckmässig untergebracht ist.

Im Sommer 1952 erfolgte der Abbruch der Choisybesitzung in Bern als Vorbereitung des Bauplatzes für das neue zahnärztliche Institut.

Die zunehmende Beanspruchung unserer Seeufer für Wochenendhäuser, Schiffsscherme, Campingplätze usw. erbrachte eine starke Vermehrung der Seegrundgeschäfte an sämtlichen Seen. Am Wohlensee haben die BKW wiederum eine grössere Auflandung vorgenommen.

Die neuerliche Erhöhung des amtlichen Wertes der staatlichen Liegenschaften um rund 3 Millionen Franken ist zum grössten Teil auf nachträgliche Berichtigungen im Amt Erlach zurückzuführen, wo insbesondere die Domäne Witzwil eine Neubewertung erfuhr. Die staatlichen Domänen stehen erstmals mit einem Fr. 100 Millionen überschreitenden amtlichen Wert zu Buch.

Die nachstehenden Übersichten vermitteln ein genaues zahlenmässiges Bild über den Liegenschaftsverkehr und die Schatzungsveränderungen.

A. Ankäufe

1. *Amt Bern.* Im Konkursverfahren A. Bodmer, Pferdemetzgerei, konnte die zur spätern Verwendung zu Verwaltungszwecken günstig gelegene Liegenschaft Rathausgasse 6, in nächster Nähe des Rathauses, zum Preise von Fr. 100 000 erworben werden. Der amtliche Wert beträgt Fr. 90 200. Grossratsbeschluss vom 12. Mai 1952.

In Zollikofen ist von Frau Marie Gerber zwecks Bereitstellung von Wohnungen für Personal der landwirtschaftlichen Schule Rütti das Wohnhaus Nr. 16 an der Schützenstrasse, dessen amtlicher Wert Fr. 42 260 beträgt, zu Fr. 66 000 angekauft worden.

2. *Amt Neuenstadt.* Zuhanden der Erziehungsanstalt Tessenberg sind von verschiedenen Eigentümern in der Gemeinde Nods einige Weidland- und Waldparzellen im Totalhalte von 640,35 a und einem amtlichen Wert von Fr. 3320 zum Preise von Fr. 6558 erworben worden.

B. Verkäufe

1. *Amt Bern.* Vom Rörswilgut der Anstalt Waldau verkaufte der Staat der Viertelsgemeinde Bolligen zum Zwecke der Verbreiterung der Rörswilstrasse 3 Landabschnitte von zusammen 289 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 240 zum Preise von Fr. 1156, und der Viertelsgemeinde Ostermundigen von 2 Parzellen des Möösligutes der Waldau zu einer Wegverbreiterung 154 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 60 zum Preise von Fr. 616.

2. *Amt Biel.* In Biel ist der evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde das seit Jahren der Fürsorgedirektion der Stadt Biel vermietete Wohnhaus Ring 4 zum Preise von Fr. 31 760 verkauft worden. Amtlicher Wert ebenfalls Fr. 31 760. Grossratsbeschluss vom 10. November 1952.

3. *Amt Erlach.* Der Bern–Neuenburg–Bahn wurden von einer Parzelle der Anstalt Witzwil bei der Station Gampelen 28 m² Terrain mit einem amtlichen Wert von Fr. 10 zum Preise von Fr. 28 abgetreten.

4. *Amt Signau.* Zum Zwecke einer Strassenkorrektion in Eggiwil trat der Staat der Einwohnergemeinde 115 m² Pfrundland mit einem amtlichen Wert von Fr. 500 gratis ab.

C. Abtausche

1. *Amt Bern.* Vom Schlossgut Köniz ist der dortigen Gemeinde die sogenannte Sägematte im Halte von 223,43 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 165 550 gegen eine Parzelle von 314,22 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 13 200, im sogenannten Buchsee gelegen, abgetauscht worden. Letztere ist dem Erziehungsheim Landorf, weil für dieses günstig gelegen, zur Nutzung zugeteilt worden. Für den Mehrwert der der Gemeinde abgetauschten Parzelle zahlte diese dem Staat einen Herauspreis von Fr. 184 099. Grossratsbeschluss vom 10. November 1952.

2. *Amt Burgdorf.* Vom Pfrundgut des Staates in Wynigen tauschte dieser dem Gottfried Hug, Sägerei, ein Teilstück von 18,02 a Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 720 gegen 3 verschiedene Landabschnitte von total 21,97 a und einem amtlichen Wert von Fr. 970 ein. G. Hug zahlte dem Staat als Mehrwert der erhaltenen Parzelle Fr. 3609.

3. *Amt Konolfingen.* In Münsingen erhielt das dem Staat gehörende Lorygut aus der Korrektion der Staatsstrasse 110 m² Terrain mit einem amtlichen Wert von Fr. 120. Es trat seinerseits 2 m² an die Strasse ab.

4. *Amt Nidau.* Die in der Gemeinde Ligerz gelegene «Wouechette-Rebe» der Anstalt Tessenberg im Halte von 457 m² mit einem amtlichen Wert von Franken 520 ist dem S. H. Aeschbacher, Direktor in Utzenstorf gegen eine solche von 15,40 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 710 abgetauscht worden. Für den Mehrwert der erhaltenen Rebe zahlte der Staat den Betrag von Fr. 600.

In Aegerten tauschte der Staat vom dortigen Pfrundgut an die Gemeinde 20 m² Terrain mit einem amtlichen Wert von Fr. 60 gegen 2 Landabschnitte von zusammen 36 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 80 ab. Er zahlte der Gemeinde einen Aufpreis von Fr. 60.

5. *Amt Oberhasli.* Mit Tauschvertrag vom 5. August 1949 fand zwischen dem Staat und Andreas Huggler, Wirt in Gadmen, ein Landabtausch statt, welcher A. Huggler die Möglichkeit zum Bau eines Gasthofes geben sollte. Da dieser alsdann auf den Bau verzichtete,

machte der Staat von seinem vorbehaltenen Rückkaufsrecht Gebrauch; er kam somit wieder in den Besitz der im Jahr 1949 an Huggler abgetretenen Pfrundparzelle von 18 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 640, zahlte diesem den im Jahre 1949 bezogenen Mehrpreis von Fr. 4929.60 zurück und überliess ihm wieder die damals tauschweise erhaltene Parzelle von 41,42 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1750, in Obermaad gelegen.

6. *Amt Nieder-Simmental.* In Hondrich (Bergbauernschule) sind der Frau Emma Stauffer zu Arrondierungszwecken 2 Landabschnitte von zusammen 21,11 a und einem amtlichen Wert von Fr. 960 gegen einen solchen von 16,69 a und einem amtlichen Wert von Fr. 690 abgetauscht worden.

7. *Amt Trachselwald.* Vom Pfrundgut Trachselwald sind der dortigen Gemeinde 58 m² Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 20 gegen einen gleich grossen Abschnitt mit gleichem amtlichen Wert ohne Entschädigung abgetauscht worden.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	Erdreich a	Erdreich m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern	3	3	22	58	145 660	166 000.—
Burgdorf	—	—	21	97	970	Tausch
Konolfingen	—	—	1	10	120	»
Neuenstadt	—	6	40	35	3 320	6 558.—
Nidau	—	—	15	76	790	660.—
Oberhasli	—	—	18	00	640	4 929.60
Nieder-Simmental	—	—	16	69	690	Tausch
Trachselwald	—	—	—	58	20	»
	3	10	37	03	152 210	178 147.60

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich ha	Erdreich a	Erdreich m²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Bern	—	3	18	65	165 850	185 871.—
Biel	1	—	1	11	31 760	31 760.—
Burgdorf	—	—	18	02	720	3 609.—
Erlach	—	—	—	28	10	28.—
Konolfingen	—	—	—	2	10	Tausch
Nidau	—	—	4	77	580	»
Oberhasli	—	—	41	42	1 760	»
Signau	—	—	1	15	500	—
Nieder-Simmental	—	—	21	11	960	Tausch
Trachselwald	—	—	—	58	20	»
	1	4	07	11	202 170	221 268.—

Seegrundverkäufe

		m²		Kaufpreis Fr.
Brienzersee:	Brienz	456	an Einwohnergemeinde Brienz	684.—
	»	396	an A. Hofmann, Brienz	594.—
	Ringgenberg	5	an Einwohnergemeinde Ringgenberg	5.—
Thunersee:	Oberhofen	87	an Erbengemeinschaft v. Mandach	—
	Unterseen	296	an Dr. G. Rieben. Interlaken	1480.—
		1240		2763.—

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen am 31. Dezember 1951	3367	41	19	99 023 842.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gem. Aufstellung	10	37	03	152 210.—
b) Zuwachs durch ordentliche Berichtigungen und definitive amtliche Bewertungen (Ins)	2	64	18	4 536 833.—
	3380	42	40	103 712 885.—
Verminderung im Jahre 1952:				
a) durch Verkäufe und Abtausche gemäss Aufstellung . .	4	07	11	202 170.—
b) Berichtigungen infolge ordentlicher Schatzungsveränderungen	—	15	67	1 524 534.—
Bestand der Domänen am 31. Dezember 1952	3376	19	62	101 986 181.—

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf	Fr.	382 096.06
Im Voranschlag waren vorgesehen (ohne Besoldung)	»	374 773.—
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	7 323.06

Dieser Mehrertrag ergibt sich aus:

Mehreinnahmen	Fr.	62 888.78
Mehrausgaben	»	55 565.72
	Fr.	7 323.06

X. Kantonalbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1952 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3 % Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)				Fr. 8 931 838.49
Kommissionen, netto				» 1 778 309.89
Ertrag des Wechselportefeuilles				» 1 800 886.05
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen				» 964 122.21
Ertrag der Liegenschaften				» 295 265.56
Verschiedenes				» 522 341.79
				Fr. 14 292 763.99
Wovon abgehen:				
Verwaltungskosten			Fr. 9 670 058.87	
Steuern und Abgaben			» 809 735.25	
Verluste und Abschreibungen:				
Verluste auf Wechseln	Fr.	7 722.70		
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	»	14 883.76		
Abschreibungen auf Mobiliar	»	87 315.40		
Abschreibungen auf Bankgebäuden, ordentl.	»	104 000.—		
Abschreibungen auf Bankgebäuden, ausserordentl.	»	265 987.53		
Rückstellungen für besondere Risiken	»	135 000.—		
	Fr.	614 909.39		
Abzüglich Wiedereingänge	»	33 990.72		
			» 580 918.67	
				» 11 060 712.79
			Jahreserträgnis	Fr. 3 232 051.20
Beantragte Verwendung:				
1. 4½ % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000			Fr. 1 800 000.—	
2. Zuweisung an den Reservefonds			» 200 000.—	
3. Zuweisung an den Baufonds			» 200 000.—	
4. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken			» 1 032 051.20	
				Fr. 3 232 051.20

XI. Hypothekarkasse

Wie in frühern Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse steht den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag:	Hypothekaranlagen	Fr.	19 387 402.42
	Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung	»	29 317.30
	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung	»	61 454.20
	Konto-Korrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften	»	1 129 581.21
	Bankendebitoren	»	110 413.30
	Ertrag der Provisionen	»	24 278.95
	Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen	»	1 797 306.05
	Ertrag der Liegenschaften	»	26 416.20
	Summe des Rohertrages	Fr.	22 566 169.63

Kosten:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr.	2 679 292.30		
	Verzinsung der Pfandbrief-Darlehen	»	1 324 871.90		
	Kassascheine und Obligationen	»	1 551 498.05		
	Spareinlagen	»	3 122 833.59		
	Spezialfonds	»	9 265 849.35		
	Depositen in Kontokorrent	»	286 600.82		
	Kreditoren auf Sicht	»	75 773.09		
	Kommissionen	»	21 186.66		
	Bankbehörden und Personal	»	773 536.—		
	Pensionskasse	»	60 006.20		
	Geschäfts- und Bureaukosten	»	86 599.67		
	Steuern und Abgaben	»	863 833.10		
	Verluste und Abschreibungen	»	16 218.90		
	Rückstellung für Baufonds	»	688 070.—		
	Zuweisung an Reservefonds	»	400 000.—		
	Verzinsung des Dotationskapitals	»	1 200 000.—		
				»	22 416 169.63
	Ergibt einen Reinertrag von			Fr.	150 000.—

Gegenüber dem Reinertrag des Vorjahres von Fr. 150 510.35 ergibt sich für das Jahr 1952 ein Mindertrag von Fr. 510.35.

XII. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke weist für 1952 folgende Hauptposten auf:

Haben:	Saldovortrag vom Jahre 1951	Fr.	148 997.75
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft	»	12 970 411.75
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft	»	381 255.50
	Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften	»	410 571.05
	Summa Rohertrag	Fr.	13 911 236.05
Soll:	Obligationenzinse Fr. 420 290.70		
	Steuern, Abgaben und Schwellenlasten » 1 681 793.20		
	Abschreibungen » 6 820 818.60		
	Einlage in den Tilgungsfonds » 700 000.—		
	Einlage in den Erneuerungsfonds » 650 000.—		
		»	10 272 902.50
	Bleibt ein Reingewinn von	Fr.	3 638 333.55

Der Reingewinn wurde wie folgt verwendet:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr.	50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	»	350 000.—
$5^1/_2$ % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56 000 000	»	3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	»	158 333.55
	Fr.	3 638 333.55

Der Energieabsatz erreichte im Berichtsjahr einen neuen Höchststand. Er betrug 1 570 157 526 kWh gegenüber 1 480 111 561 kWh im Vorjahr, was einer Zunahme von 6,1 % entspricht.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt, gestaltet sich die Energieabnahme in kWh wie folgt:

	1951	1952
Allgemeines Licht- und Kraftnetz	783 797 441	833 434 647
Normalbahnen	77 151 962	77 318 250
Schweizerische Elektrizitätswerke	373 860 938	435 462 289
Ausländische Elektrizitätswerke	45 149 500	43 546 500
Elektrochem. und elektrothermische Betriebe	200 151 720	180 395 840

Die Deckung des gesamten Energieabsatzes von 1 570 157 526 kWh erfolgte aus: eigenen Werken mit 492 981 600 kWh (487 903 700 kWh im Vorjahr), den Kraftwerken Oberhasli mit 538 802 029 kWh (im Vorjahr 519 996 810 kWh) und fremden Werken mit 538 373 897 kWh (472 211 051 kWh).

Die Einnahmen aus dem Energielieferungsgeschäft sind von Fr. 52 300 504.80 im Vorjahr auf Franken 55 913 607.70 gestiegen, was einer Mehreinnahme von Fr. 3 613 102.90 entspricht. Die Ausgaben haben sich um Fr. 3 967 488.05 auf Fr. 42 943 195.95 erhöht. Von der Ausgabenvermehrung entfallen Fr. 3 769 622.05 auf den Fremdenergie-Ankauf, der zur Hauptsache Winterenergie umfasste. Der Bruttoüberschuss des Energielieferungsgeschäftes ist von Fr. 13 324 797.— im Vorjahr auf Fr. 12 970 411.75 zurückgegangen.

Das Installationsgeschäft verzeigt bei Franken 13 390 174.40 (Fr. 13 360 598.30 im Vorjahr) Einnahmen und Fr. 13 008 918.90 (Fr. 12 972 567.45) Ausgaben einen Bruttoüberschuss von Fr. 381 255.50 (Fr. 388 030.85).

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und anderen Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Instrumenten betragen Fr. 6 820 818.60 gegen Fr. 6 693 972.15 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 16. Mai 1953.

Der Finanzdirektor:
Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 7. Juli 1953.

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**